

Eine Gegenüberstellung von Behördenpropaganda und Fakten

	Das sagen Bundesrat und Verwaltung	Das sind die Fakten
Zum Ausmass der Zuwanderung		
<i>Zuwanderung von Fachkräften</i>	Die Zuwanderung wäre ohne die Rekrutierung in der EU nicht in diesem Ausmass möglich gewesen (S. 2).	Das hat nichts mit dem System der PFZ zu tun. Auch mit Kontingenten konnten und können die nötigen Fachkräfte zuwandern.
<i>Zuwanderung aus Osteuropa</i>	Mit erhöhter Aufmerksamkeit zu verfolgen ist die weitere Entwicklung der Zuwanderung aus Osteuropa. Wie gut die arbeitsmarktliche Integration dieser Personen gelingt, lässt sich noch nicht beurteilen (S. 3).	Wenn das nicht beurteilbar ist, kann in Anbetracht des Zuwanderungspotenzials aus dem Osten auch sicher nicht von einem Erfolg der PFZ gesprochen werden!
<i>Wanderungssaldo</i>	Im Jahr 2016 lag der Wanderungssaldo insgesamt bei 56'300 Personen und damit so tief wie schon lange nicht mehr (S. 20).	Von den vor Einführung der PFZ prognostizierten 8-10'000 jährlichen Zuwanderern sind wir damit immer noch sehr weit entfernt.
Zur Erwerbs- und Arbeitslosigkeit		
<i>Erwerbs- und Erwerbslosenquote</i>	Eine steigende Erwerbsquote seit Einführung der Personenfreizügigkeit spricht gegen Verdrängungseffekte durch Zuwanderung. Im internationalen Vergleich liegt sie auf tiefem Niveau (S. 45).	Die höchste Erwerbslosenquote seit dem Ende des 2. Weltkrieges bestätigt Verdrängungseffekte (4.9% im Jahr 2016 gegenüber 2.8% im Jahr 2001 vor Einführung der Personenfreizügigkeit, mit einem sprunghaften Anstieg von 3.5% auf 4.8% zwischen 2002 und 2003). Im gleichen Zeitraum ist die Erwerbslosenquote in Grossbritannien und Deutschland gesunken. Deutlich überdurchschnittlich ist die Erwerbslosenquote bei FZA Zuwanderern aus Südeuropa (9%) und aus Osteuropa (12.4%). Offenbar bekunden Zuwanderer aus Süd- und Osteuropa mehr Mühe bei der Arbeitsintegration (S. 50). Und

		gemäss Bericht wird erwartet, dass genau aus diesen Ländern auch in Zukunft mehr Zuwanderung zu erwarten ist.
<i>Erwerbsquote der EU-Einwanderer</i>	Die Erwerbsquote der Einwanderer lag in den letzten Jahren stets über 60% (S. 12).	40% der Einwanderer kommen nicht zur Aufnahme einer Erwerbstätigkeit in die Schweiz. Sie verursachen also zwingend Nettokosten, weil sie nichts zum Wirtschaftswachstum pro Kopf beitragen.
<i>Arbeitslosigkeit</i>	Die Zuwanderung steigt bei sinkender Arbeitslosigkeit (Grafik S. 36).	Diese Entwicklung bis 2007 hat nichts mit der PFZ zu tun. Der Zusammenhang zeigt sich gerade am besten zwischen 2003 und 2007, als noch Kontingente angewendet wurden. Die Zuwanderung wird eben nicht durch die Konjunktur gesteuert.
<i>Arbeitslosenquote im Zeitvergleich</i>	Die Arbeitslosenquote gemäss SECO stabilisierte sich 2016 bei 3.3% gegenüber 3.2% im Jahr 2015 (S. 37).	Eine steigende Arbeitslosigkeit wird als Stabilisierung beurteilt.
<i>Arbeitslosenquote im internationalen Vergleich</i>	Bei den Konjunkturprognosen wird für die Schweiz von einer Erholung der Arbeitslosenquote bis 2018 von minus 0.1% ausgegangen, während die Prognose für die EU eine sinkende Erwerbslosigkeit von -0.3% prognostiziert (S. 37/38).	Die Schweiz verschlechtert sich gemäss diesen Zahlen im Vergleich zur EU auch weiterhin.
Zum wirtschaftlichen Wachstum		
<i>Wachstumsraten generell</i>	Die hohen Wachstumsraten während der Boomphase 2004 bis 2008 wären ohne PFZ kaum möglich gewesen. Studien aus dieser Zeit, welche den Einfluss der PFZ auf Wirtschafts- und Beschäftigungswachstum zu quantifizieren versuchten, schätzen die Wirkung des FZA auf BIP und Beschäftigung als „signifikant positiv“ ein (Aeppli	Nur sehr wenige Resultate in der Studie von Aeppli sind überhaupt signifikant und auch diese keineswegs immer im Sinne eines positiven Einflusses der PFZ auf die Schweiz. So heisst es bei Aeppli (S. 23): «So implizieren z.B. 14 Schätzungen in unserem Sample einen statistisch hoch signifikanten negativen Effekt von Migration auf das Lohnniveau Einheimischer; eine exakt

	2008) und (Stalder 2010) (S. 35).	gleiche Anzahl von Schätzungen deutet hingegen auf einen umgekehrten Effekt.» Festzuhalten ist auch, dass der Bundesrat für den Beleg der scheinbar positiven Wirkung der PFZ Studien heranziehen muss, die die Periode berücksichtigen, in der die PFZ noch gar nicht vollständig umgesetzt war, d.h. noch Kontingente gegolten haben.
<i>BIP-Wachstum pro Kopf</i>	Wachstum des BIP pro Kopf seit Einführung der PFZ um 12% zeigt wirtschaftlichen Erfolg der Personenfreizügigkeit (S. 2).	Das BIP-Wachstum pro Kopf seit Einführung der PFZ entspricht einem jährlichen Durchschnitt von 1.25%. Seit dem 2. Weltkrieg bis zur Einführung der Personenfreizügigkeit betrug das durchschnittliche jährliche Wachstum des BIP pro Kopf rund 2%.
<i>Arbeitsproduktivität</i>	Signifikanter Anstieg der Arbeitsproduktivität bei gewissen Firmen lässt sich auf Arbeitsmarktöffnung zurückführen (S. 55).	Insgesamt betrachtet negatives Produktivitätswachstum in der Schweiz in den Jahren 2007-2016. In der Dekade davor verzeichneten wir noch ein jährliches Wachstum von knapp 2% (BCA Research 2017).
<i>Lohnwachstum</i>	Es ist denkbar, dass das Lohnwachstum von Hochqualifizierten ohne Zuwanderung tatsächlich stärker ausgefallen wäre (S. 68).	Mittlerweile drängen so viele Personen mit Hochschulabschluss auf den Arbeitsmarkt, dass es sich die Arbeitgeber leisten können, die Löhne zu drücken. Bei vielen Stellen, die noch vor einigen Jahren mit Personen ohne Tertiärabschluss besetzt wurden, wird heute ein Hochschulstudium vorausgesetzt, weil es einfach mehr als genug Akademiker auf dem Arbeitsmarkt hat. Von einem Mangel an Hochqualifizierten kann also unterdessen und derart pauschal keine Rede mehr sein.

<i>Lohndruck</i>	Für allfällige negative Auswirkungen der Zuwanderung auf die Löhne gibt es kaum Anzeichen (S. 68).	Bei 12-25% der Kontrollen im Rahmen der flankierenden Massnahmen werden Verstösse festgestellt. Diese Zahl ist enorm hoch und deutet auf den Versuch ständiger Lohnunterbietungen hin. Es ist unverständlich, wieso im Bericht kein Zusammenhang zwischen diesem Lohndruck und der Zuwanderung gesehen wird.
Zu den Sozialwerken		
<i>AHV</i>	Die 1. Säule profitiert vom grenzüberschreitenden Personenverkehr aus den EU/EFTA-Mitgliedstaaten, denn das Verhältnis zwischen Aktiven und Rentnern wird durch die Zuwanderung von Erwerbstätigen verbessert, indem mehr Beiträge in die AHV/IV fliessen. Dieser Zufluss führt langfristig zu Rentenansprüchen der Zuwanderer, welche die AHV in 30 oder 40 Jahren belasten werden (S. 70).	Die Ansprüche der Zuwanderer werden die AHV nicht erst in einigen Jahrzehnten, sondern schon viel früher belasten, weil die erste Zuwanderungswelle bereits in wenigen Jahren in Rente geht. Die Zuwanderung kann die AHV auch nie sanieren, weil dieses Vorsorgesystem nach dem Schneeballsystem funktioniert. Entweder muss also die Zuwanderung unverändert auf dem hohen Niveau anhalten, dann würde aber irgendwann unser Land aufgrund der Überbevölkerung kollabieren. Oder die Zuwanderung geht stark zurück, dann würde die AHV zusammenbrechen, weil zu viele Rentner zu wenigen Erwerbstätigen gegenüberstehen.
<i>Arbeitslosenversicherung</i>	Deutsche bezahlten 2015 10% mehr in die Arbeitslosenversicherung (ALV) ein, als sie daraus Arbeitslosenentschädigung (ALE) bezogen (S. 80).	Seit Jahren verschlechtert sich dieses Verhältnis. So bezahlten deutsche Staatsangehörige 2006 noch 55% mehr in die ALV ein, als sie ALE bezogen. Insgesamt bezahlten Ausländer in den Jahren 2013-2015 rund 20% weniger in die ALV ein, als sie ALE bezogen. In der Vorperiode, 2009-2012, waren es hingegen noch nur 5% weniger.
<i>Sozialhilfequote</i>	2015 lag die Sozialhilfequote von Schweizer/in-	Auch die Sozialhilfequote der EU-Ausländer lag 2015 deutlich über derjenigen der Schweizer.

	nen bei 2.2%, jene von Ausländer/innen bei 6.2%. Hoch sind die Sozialhilfefquoten vor allem für Staatsangehörige aus Drittstaaten (S. 82).	Zumindest in der Theorie der PFZ-Enthusiasten sollte sie aber eigentlich niedriger sein, wenn wirklich nur Personen mit Arbeitsvertrag in die Schweiz kämen auf die die Wirtschaft dringend angewiesen ist.
Zur Qualifikation und Herkunft der Zuwanderer		
<i>Qualifikationsstruktur der Zuwanderer</i>	57% der EU-Zuwanderer verfügen über einen Hochschulabschluss, gegenüber nur 40% bei der Schweizer Bevölkerung.	Da andere Länder – mit Ausnahme von Deutschland – kein duales Bildungssystem wie in der Schweiz kennen, verfügen dort viel mehr Personen über Tertiärabschlüsse. Anders als in der Schweiz, wo alle Universitäten sehr renommiert sind, ist das Niveau der einzelnen Hochschulen in anderen Ländern sehr unterschiedlich. Damit kann ein ausländischer Tertiärabschluss aber nicht mehr automatisch als Indikator für eine hochwertige Qualifikation angesehen werden. Davon abgesehen hat immer noch ein Drittel der EU-Zuwanderer gar keinen Tertiärabschluss, es wandern also auch sehr viele Nicht- oder Niedrigqualifizierte ein.
<i>Entwicklung der Qualifikationsstruktur der Zuwanderer</i>	Seit 2002 liegt der Anteil hochqualifizierter Zuwanderer immer relativ unverändert hoch (S. 41).	Diese Entwicklung hat sich seit der Zeit mit Kontingenten 2002 bis 2007 also nicht verändert. Die PFZ hat folglich keinen Einfluss auf die Rekrutierung von Hochqualifizierten.
<i>Herkunft der Zuwanderer (2016)</i>	30% aus Osteuropa, 40% Südeuropa, mit steigender Tendenz aus diesen Regionen (S. 16).	70% kommen aus Billiglohnländern. Das sind wohl kaum sehr hochqualifizierte Arbeitnehmer.
<i>Grenzgänger</i>	Im Jahr 2016 betrug der Anteil der Grenzgänger im Tessin am Total der Beschäftigten rund 28% (S. 23).	Dieser von vielen Tessinern als problematisch wahrgenommene Einfluss auf den Arbeitsmarkt wird im Bericht nicht weiter thematisiert, obwohl auch diese Si-

		tuation sogar zur Annahme einer entsprechenden Volksinitiative der SVP geführt hat.
Fazit		
<i>Gesamtbilanz</i>	Auswirkungen der PFZ insgesamt positiv.	Auswirkungen der PFZ insgesamt negativ bis stark negativ. Der Bundesrat und sein SECO verschweigen im Bericht wichtige Fakten, ziehen falsche Schlussfolgerungen oder führen irreführende Vergleiche an. Der Fokus wird hauptsächlich auf den Nutzen der Zuwanderung gelegt, nicht aber auf die Kosten (mehr Schulen, mehr Studienplätze, mehr Spitäler, mehr Verwaltung, mehr Ärzte, mehr Verkehr, mehr Dichtestress, steigende Kosten für Miete und Wohneigentum, Belastung der Sozialwerke usw.)